

Zuletzt aktualisiert: **03.05.2014 um 21:48 Uhr**

"Die Schmerzgrenze ist erreicht"

Zwei Kärnten-Heimkehrer organisieren den ersten Kärntner BürgerInnen-Rat: Vorarlberg ist Vorreiter und hat seit sechs Jahren ein Büro für Zukunftsfragen in der Landesregierung eingerichtet. *Von Antonia Gössinger*



Foto © KK/Privat

Vom Ländle lernen? Ja, vom Ländle kann man lernen! Vorarlberg hat seit sechs Jahren ein Büro für Zukunftsfragen in der Landesregierung eingerichtet. Es ist Drehscheibe für bürgerschaftliches Engagement. Über 50 BürgerInnen-Räte haben sich bisher in einzelnen Gemeinden, Bezirken oder landesweit an gesellschaftlichen und politischen Gestaltungsfragen beteiligt. Ein symbolträchtiges Beispiel gibt es in der Landeshauptstadt Bregenz. Dort wurde am See ein moderner Stadtteil errichtet. Die Anbindung an die Innenstadt wurde zuerst jahrelang heiß diskutiert, ein BürgerInnen-Rat fand dann innerhalb kürzester Zeit die bestmögliche Lösung: Jetzt wird ein Steg gebaut, praktisch der Brückenschlag zwischen Reißbrett-Architektur und städtischer Lebenskultur.

Zwei Kärntner, die Prozessbegleiter von solch bürgerschaftlichem Engagement sind, organisieren derzeit den ersten landesweiten Kärntner BürgerInnen-Rat: Rita Trattnigg und Thomas Haderlapp. Er findet am 13. und 14. Juni im Stift Ossiach statt.

Trattnigg und Haderlapp - beide aus Bad Eisenkappel und Absolventen des Gymnasiums Völkermarkt - hat es wie so viele junge Kärntner außer Landes gezogen. Haderlapp, Jurist und Philosoph, hat sechs Jahre am Zentrum für Zukunftsstudien der Fachhochschule Salzburg gelehrt und geforscht, ehe es ihn in die Praxis zog. Trattnigg, Politologin und Philosophin, arbeitet seit zehn Jahren als Expertin für Zukunftsfähigkeit im Lebensministerium "an einem neuen Betriebssystem für gesellschaftliches Zusammenleben", wie sie es nennt. Gemeinsam haben sie beachtliche Grundlagenarbeit geleistet und ein 700-Seiten-Buch über den notwendigen Paradigmenwechsel geschrieben.

Bei Tiefen-Interviews mit Politikern und Akteuren unabhängiger Organisationen haben Trattnigg und Haderlapp die Erkenntnis gewonnen: "Die Schmerzgrenze ist erreicht. Die Politik

würde gewinnen, wenn sie die Zivilgesellschaft als Verbündete hätte und nicht in Gegnerschaft. Und die Bürger müssen heraus aus der Forderungskultur und die Dinge selbst in die Hand nehmen." Mit BürgerInnen-Räten könnte das Innovationspotenzial der Bevölkerung in die Politik geholt werden.

In Vorarlberg hat Landeshauptmann Markus Wallner (ÖVP) dafür gesorgt, dass diese Form der "partizipativen Demokratie" im Vorjahr in der Landesverfassung verankert wurde. Der Dreier-Koalition in Kärnten ist die Bürgerbeteiligung in ihrem Regierungsprogramm nur einen unverbindlichen Satz wert: "Die Einbindung der Zivilgesellschaft in die parlamentarische Willensbildung soll verstärkt erfolgen."

Für Trattnigg und Haderlapp ist jetzt der Zeitpunkt gekommen, heimzukehren und ihr Wissen nach Kärnten zurückzubringen. Mit dem ersten Kärntner BürgerInnen-Rat gehen sie in Vorleistung. Der Teilnehmerkreis wird zufällig ausgewählt, spezielle Moderationsmethoden begleiten die Beratungen. Das Ergebnis wird im Rahmen der "Tage der Zukunft" vom 25. bis 27. Juni im Stift Ossiach präsentiert. Diese werden vom "Institut für Zukunftskompetenzen" mit Sitz in Krumpendorf veranstaltet.

Das "Institut für Zukunftskompetenzen" trägt weltweit Wissen über zukunftsfähiges Wirtschaften zusammen. Es arbeitet mit Unternehmen, Kommunen und Regionen und hat seit heuer auch einen Sitz in Wien. Die Geschäftsführer Martin Maitz und Harald Schellander haben der Landesregierung und den Sozialpartnern elf konkrete Vorschläge für die Entwicklung Kärntens gemacht; beispielsweise die Gründung von Offenen Technologiellabors auch in den Bezirken, ein Zentrum für neue Arbeit, in dem hoch qualifizierte Erwerbslose an Zukunftsthemen für das Land, die Regionen oder Unternehmen arbeiten könnten, den Aufbau eines Innovationsclusters.

An Ideen und der Bereitschaft, die Zukunft des Landes mitzugestalten, gibt es keinen Mangel. Die Schwierigkeit liegt in einer sinnvollen Zusammenführung und den erdrückenden Altlasten.

Antonia Gössinger